

Mit Julia Schmuck im Studio, guten Abend.

In Bergara Bach spitzt sich die Lage zu, immer mehr Menschen fliehen aus der Region.

In London sind heute neue Vorwürfe gegen den ex-Wirecard-Chef Jan Marscherleck öffentlich geworden. Er soll Teil eines russischen Spionage-Netzwerks gewesen sein.

In Kiev sichert Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka von der ÖVP der Ukraine Solidarität zu.

In Innsbruck will Staatssekretär Florian Turski Bürgermeister werden und in

Wien hat sich der Verfassungsgerichtshof heute mit der Unabhängigkeit der ORF-Gremien befasst und der Verband der Verleger hat den Journalismus-Kollektivvertrag aufgekündigt.

Das Wetter bleibt spätsommerlich, Jörg Stibor.

Sonne und Warm geht es in den Abend. Sommerliche 26 Grad ist jetzt immer noch in

Linz und Gänseendorf. Die Nacht verläuft meist klar und die Temperaturen gehen auf 16 bis

8 in manchen Tälern bis auf 4 Grad zurück. Nach Mitternacht entstehen dann ein paar Nebel- und Hochnebfelder. Sie lösen sich morgen Vormittag auf und dann scheint wieder in ganz Österreich die

Sonne. Teilweise kommt lebhafter Südostwind auf und es wird wieder ungewöhnlich warm, die Temperaturen steigen auf 20 bis 28 oder 29 Grad in 2000 Meter Höhe auf 12 bis 17 Grad.

Einmal mehr beginnen wir die Sendung in Bergkarabach. Immer mehr Menschen mit armenischem Hintergrund fliehen aus der Region, nachdem Azerbaijan vor ihr Woche die Kontrolle in Bergkarabach übernommen hat. 19.000 Menschen haben das Gebiet bereits verlassen. Die EU hat Azerbaijan aufgefordert, unabhängigen Beobachtern Zugang zur Region zu erlauben. Markus Müller berichtet. Azerbaijan müsse genauer erklären, was es nach der Eroberung der ehemals autonomen Republik Bergkarabach in der Region vorhaben, das fordert die Europäische Union von der Regierung in Baku. Die EU hat schon seit dem vergangenen Dezember eine Beobachtungsmission im armenischen Grenzgebiet zu Azerbaijan stationiert, um sich ein klares Bild von der Lage dort zu machen. Im Moment sehen die Beobachter vor allem eines, eine lange Schlange von Fahrzeugen, die sich von Bergkarabach Richtung Armenien staut, mehrere Kilometer lang und viele Fahrzeuge sind am Weg wegen Treibstoffmangels liegen geblieben. Zwischen 70.000 und 100.000 ethnische Armenier

sollen sich laut verschiedenen Schätzungen vor dem Angriff vergangenen Woche noch im Gebiet der ehemaligen Republik aufgehalten haben. 19.000 von ihnen sind inzwischen in Armenien registriert worden

und viele 1.000 weitere sind am Weg. Wie es drinnen aussieht, lässt sich nur schwer beurteilen, weil Azerbaijan die Region seit Monaten blockiert und keine unabhängigen Beobachter oder Journalisten hat einreisen lassen. Der armenische Präsident Nikol Pashinyan macht klar, was hier vorgeht. Es gebe eine ethnische Säuberung, sagt er. Der aspergianische Präsident Ilham Ali hat den gegen angekündigt, die Bevölkerung friedlich integrieren zu wollen. Wie das passieren soll, ließ er allerdings offen. Er ist auf der Flucht und jetzt tauchen neue Vorwürfe gegen ihn auf. Ex-Wirecard-Vorstand Jan Marscherleck. Der Österreicher steht jetzt auch im Verdacht, in russische Spionageaktivitäten verwickelt zu sein. Darüber berichten heute der deutsche Spiegel und die britische BBC. Sie berufen sich auf Gerichtsdokumente. Seit vor drei Jahren der Finanzdienstleister

Wirecard zusammengebrochen ist, ist Marscherleck auf der Flucht und wird in Russland vermutet. Petra Piechler berichtet. Laut Anklageschrift der britischen Staatsanwaltschaft soll der österreichische

Ex-Wirecard-Vorstand Jan Marscherleck Teil eines russischen Spionage-Netzwerks gewesen sein und eine zentrale Rolle als Vermittler zwischen Moskau und den fünf angeklagten Bulgarien in Großbritannien gespielt haben. In den Gerichtsdokumenten heißt es laut Spiegel, Marscherleck habe sich verschworen, um Informationen zu sammeln, die direkt oder indirekt nützlich für einen Feind sind und damit dem Interesse und der Sicherheit des Staates schaden und das auch außerhalb von England und Wales. Und zwar nach seiner Flucht nach dem Zusammenbruch von Wirecard 2020, denn den fünf angeklagten Bulgarien, drei Männern und zwei Frauen, wird von den britischen Behörden vorgeworfen von August 2020 bis zu ihrer Verhaftung im Februar 2023 Informationen für russische Geheimdienste gesammelt zu haben.

Die angeklagten sollen etwa Personen und Orte überwacht und ausspioniert haben, die im Visier Moskos gestanden sind. Auch um mögliche Entführungen soll es laut britischer Justizinformation gegangen sein. Marscherlecks soll laut britischer Anklagebehörde den Hauptangeklagten angeheuert haben. Marscherlecks Anwalt wollte keine Stellungnahme abgeben,

schreibt das deutsche Handelsblatt. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Hinweise, dass der Österreicher bereits als Wirecard-Vorstand Kontakte zu russischen Geheimdiensten gepflegt

hatte. Nach seiner Flucht vom Bad Füssler und nach Belarus wird vermutet, dass sich Marscherleck in Russland aufhält. Nach Kiev jetzt, wo heute eine Delegation aus dem österreichischen Parlament zu Gast war. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka von der ÖVP hat der Ukraine dabei volle Solidarität und Unterstützung auf dem Weg in die Europäische Union versprochen. Außerdem betonte Sobotka, die Ukraine habe trotz des Krieges positive Schritte im Kampf gegen die Korruption gesetzt. Daher sei der Beginn von Beitrittsgesprächen gerechtfertigt. Aus Kiev berichtet Christian Werschütz. Wolfgang Sobotka traf in Kiev zunächst mit dem Präsidenten des ukrainischen Parlaments Russland-Stefanschuk zusammen. Dabei ging es auch um die Erfahrungen,

die Österreich mit dem Wahlrecht für Auslandsösterreicher gemacht hat. In der Ukraine sollte im kommenden Jahr der Präsident neu gewählt werden. Ob das wegen des Krieges möglich sein wird,

ist offen. Weiteres Thema war die EU. Für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen muss Kiev sieben Bedingungen erfüllen, vom Kampf gegen die Korruption bis zur Reform des Verfassungsgerichtshofs.

Dazu sagte Russland-Stefanschuk. Zwei Punkte wurden als erfüllt angesehen. Bei fünf mussten wir Ergänzungen vornehmen und daran arbeitet das Parlament. So haben wir die Offenlegung der Vermögen wieder eingeführt und alle Gesetze verabschiedet, die den Verfassungsgerichtshof betreffen. Österreich sei für den Beginn von Beitrittsgesprächen, sagte der Präsident des Nationalrates Wolfgang Sobotka. Ich glaube aber, dass die Ukraine auf einen guten Weg ist, sie unternehmen sehr viele Anstrengungen, insbesondere die Korruption in den Griff zu bekommen und daher ist es auch gerechtfertigt, gerade diesen Akt auch zu setzen.

Am Nachmittag traf Sobotka dann noch mit Staatspräsident Volodymyr Selenski und Regierungschef Dennis Schimigal zusammen. Es ist zwar erst nächstes Jahr planmäßigen Neuer Nationalrat gewählt. Die Kanzlerpartei ÖVP bemüht sich jetzt schon, um gute Stimmung zu verbreiten. Stellt heute ihre Herbstkampagne vor. Mit dem Slogan glaubt an Österreich, will die Partei in Zeiten mehrerer Krisen und bescheidener Umfragewerte Zuversicht vermitteln. Von der Opposition kam Kritik. Tanja Malle berichtet. Keine Rede mehr davon, dass Schnitzelbargeld und Normalität gefährdet sein. Die ÖVP versucht sich mit ihrer Herbstkampagne als positive Stimmungsmacherin. Glaubte an Österreich lautet die Botschaft, den Krisen der vergangenen Jahre zum Trotz. Österreich sei gut durch diese gekommen, so der Befund von ÖVP-Chef Karl Nehammer. Das waren tatsächlich jetzt dann die belastendsten Jahre seit Beginn der zweiten Republik, nämlich durch die Folge, durch die Dauer. Deswegen sind die Menschen außergewöhnlich belastet und gleichzeitig aber eben hat sich gezeigt, dass wir viel stärker sind, als wir es uns auch selbst manchmal zugetraut haben. Das Slogan ist eine Anlehnung an eine Rede des ersten Bundeskanzlers der zweiten Republik, Leopold Figel, der diese in den Weihnachtstagen des Jahres 1945 gehalten haben soll. Sie wurde erst rund 20 Jahre später rekonstruiert. Und das ist das, was Leopold Figel damals ausgedrückt hat und das habe ich damit herausgenommen, auch damals im Sommergespräch, weil es mir wichtig war, Glaube an Österreich heißt doch Zuversicht, die eigene Angst überwinden. Ähnlich wie einst Figel will Nehammer heute Mut und Zuversicht vermitteln, ein Jahr vor dem regulären Termin für die nächste Nationalratswahl. Nehammer wolle sich als gar nicht so unerfolgreicher Krisenkanzler positionieren, analysiert Politikwissenschaftler Thomas Hofer. Es ist eben wie gesagt dieser Versuch, das irgendwie besser darzustellen, als es sich zumindest in den Umfragen abbildet. Kanzler Nehammer will ja vor allem eines erreichen, er will in ein Kanzler-Match mit Herbert Kickel. Das ist ja derzeit angesichts der Umfragen so klar nicht. Wenig Lob für die Glaube an Österreich-Kampagne gab es heute von der Opposition, sowohl von den Sozialdemokraten als auch von den freiheitlichen Hisers, dass die Menschen an Österreich glauben, aber nicht an den Bundeskanzler. Seit Monaten wird in Innsbruck darüber spekuliert, heute hat sich Digitalisierungsstaatssekretär Florian Turski von der ÖVP aus der Deckung gewagt und bekannt gegeben, dass er Innsbrucker Bürgermeister werden will. Im Frühjahr 2024 wird in der Tiroler Landeshauptstadt gewählt. Turski wähle als gemeinsamer Kandidat von ÖVP für Innsbruck und Tiroler Seniorenbund ins Rennen gehen. Wolfgang Böhmer berichtet. Mit der Zusammenarbeit will die ÖVP für Innsbruck und auch der Seniorenbund wieder die Nummer 1 in der Stadt werden. Der 35-jährige Florian Turski soll den neuen Bündnis den Bürgermeistersessel in der aktuell zerstrittenen Stadtregierung holen. Und mir als Innsbrucker tut es weh, wenn ich zuschauen muss, wie es aktuell in der Innsbrucker Stadtpolitik zugeht. Deshalb

habe

ich heute die Vertreter der bürgerlichen Listen darüber informiert, dass ich sehr gerne als Bürgermeisterkandidat für die Landeshauptstadt Innsbruck zur Verfügung stehe. Aber in der Stadt ÖVP bleibt viel Bauzelanz zerbrochen, denn der amtierende Vizebürgermeister Hannes Anzengruber will sich nicht einfach unterordnen und hat schon am Sonntag angekündigt, ebenfalls zu kandidieren. Damit steht er zwar Parteiinterne im Abseits, aber möglich scheint eine Abspitterung

von der ÖVP und eine eigene Liste. Turski wünscht sich einen kurzen Wahlkampf und will bis dahin auch

Staatssekretär bleiben. Ich bleibe Digitalisierung Staatssekretär. Der Wahlkampf in Innsbruck kommt

noch früh genug. Wie das neue Bündnis heißen soll, ist noch nicht bekannt. In der Apotheke geimpft werden. Das ist derzeit in Österreich anders als in anderen Ländern nicht möglich. Der Gesundheitsminister hat diese Möglichkeit jetzt wieder ins Spiel gebracht, weil er mit der Abwicklung der Corona-Impfung in den Arztpraxen unzufrieden ist. Verena Bruch hat berichtet. Laut dem Leiter der Wiener Patienten-anwaltschaft Gerhard Jelleneck mehren sich derzeit die Beschwerden von Patientinnen und Patienten, die auf eine Corona-Impfung warten. Trotz Ankündigung,

dass Impfungen verfügbar seien, hätten viele eine ganz andere Situation vorgefunden, nämlich, dass sie also bei den offiziellen Impfstationen, sprich Downtown bzw. ÖGK, auf sehr lange Wartelisten

verwiesen wurden und bei praktischen Ärzten, bei niedergelassenen Ärzten zum Teil keine Impfbereitschaft bzw. keine verfügbare Impfstoffe besteht. Zum Teil sei der Oktober schon komplett ausgebucht, so Jelleneck. Die Ärzte kammer beklagt ihrerseits fehlenden Corona-Impfstoff

und sieht grundsätzlich Gesundheitsrisiken für Patienten, sollte in den Apotheken geimpft werden dürfen.

Auch Ursula Wiedermann-Schmidt, Leiterin der Impfabulanz für Risikopatienten an der MED-Uni Wien,

hält nichts von Corona-Impfungen in den Apotheken. Langjähriger probte Impfungen seien jedoch durchaus denkbar.

Influencer, wo man schon eine lange Impfverfahrung hat und man weiß, dass diese Impfungen gut verträglich sind.

Hier sehe ich das also an und für sich nicht das Problem, dass man für den Herbstvorbereitung auch das an verschiedenen Stellen inklusive Apotheken anbietet.

Die Apotheken stünden jedenfalls bereit, Impfaufgaben zu übernehmen, wie das auch schon in vielen anderen Ländern wie

Frankreich, Irland oder Italien üblich sei. Ulrike Mursch-Edelmayer, Präsidentin der Apothekerkammer.

Wir haben in den letzten Jahren mehr als 2000 Apotheker ausgebildet in Sachen Impfen, in 1000 Apotheken in Österreich

und wir stehen bereit, falls die Politik uns beauftragt, Impfaufgaben zu übernehmen.

Auch Gesundheitsminister Johannes Rauch von den Grünen hat Impfen in Apotheken zuletzt nicht ausgeschlossen.

Die Lohnverhandlungen bei den Metallern haben gestern recht unhaufgeregt begonnen, ganz anders schaut es in der Zeitungsbranche aus.

Da haben nämlich heute die Verleger den bestehenden Kollektivvertrag gekündigt.

Der regelt die Arbeitsverhältnisse von Journalistinnen und Journalisten.

Die Verleger geben als Grund die schwierige Konkurrenzsituation an. Die Gewerkschaft protestiert.

Mehr von Peter Daza.

Zum Jahresende wird der Kollektivvertrag für Journalistinnen und Journalisten der Tages- und Wochenzeitungen gekündigt.

Begründet wird das vom Verband österreichischer Zeitungen mit der Konkurrenz durch internationale Medienplattformen wie Google und anderen und dem Online-Angebot des URF.

Verwiesen wird auch auf Preissteigerungen und sinkende Umsätze der Verlage.

Die Gewerkschaft wiederum kritisiert die Kündigung des Kollektivvertrags.

Die schwierige Situation der Zeitungsunternehmen können nicht auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen bewältigt werden.

Gefordert wird die Rücknahme der KV-Kündigung.

Laut Gewerkschaft wäre ein Beharrn darauf ein Bruch der Sozialpartnerschaft.

Gegenüber dem Standard wurden seitens der Journalismus-Gewerkschaft auch Kampfmaßnahmen nicht ausgeschlossen.

Wir bleiben bei einem Medienthema.

Da hat sich der Verfassungsgerichtshof heute mit einer Frage beschäftigt und zwar sind die Gremien des URF also etwa der Stiftungsrat zur Regierungsnah besetzt.

Das Land Burgenland hat eine Verfassungsbeschwerde eingebracht und darin kritisiert, dass die Mehrheit der Vertreterinnen und Vertreter im Stiftungsrat und im Publikumsrat von der Politik bestellt werden.

Victoria Waldecker berichtet.

Nimmt die Politik zu viel Einfluss auf den URF, diese Frage soll jetzt der Verfassungsgerichtshof klären.

Das Land Burgenland hat dazu eine Beschwerde eingebracht.

Dort sieht man bei der Bestellung der URF Gremien zu viel Macht bei der Regierung und der Politik, wie Rechtsvertreter Florian Vilapec heute sagt.

Wir befürchten, dass die Unabhängigkeit des URF durch diesen Überhang der Personen, die von der Regierung entsendet werden, beeinträchtigt ist.

Die Vertreter der Bundesregierung widersprechen, die Gremien des URF, also der Stiftungsrat und der Publikumsrat, würden verschiedenste Kräfte beinhalten, damit sei auch die Pluralität gewährleistet.

In einer gut zweistündigen Verhandlung haben die Richterinnen und Richter des Verfassungsgerichtshofes heute Fragen zur Bestellung und den Kriterien für die URF Gremien gestellt.

Sie müssen jetzt beraten und entscheiden, ob das URF Gesetz der Verfassung entspricht.

Die Sprecherin des Verfassungsgerichtshofes Cornelia Meyerbeuherl sagt zum weiteren Vorgehen. Bekommt der Antragsteller, in dem Fall die burgenländische Landesregierung recht, würden also ein oder mehrere Teile des URF Gesetzes aufgehoben.

Der VfGH kann in so einem Fall den Parlament oder dem Gesetzgeber eine Frist von höchstens 18 Monaten geben, um eine neue Regelung zu beschließen.

Wann die Entscheidung feststeht, ist nicht klar. Üblicherweise ist damit in einigen Wochen zu rechnen.

18.15 Minuten, wir kommen ins Ausland.

Vor gut zwei Monaten ist in Spanien gewählt worden. Eine neue Regierung gibt es aber bisher nicht. Der Wahlsieger und bisherige Oppositionsführer Alberto Frecho unternimmt jetzt den ersten Versuch zur Regierungsbildung und hat heute sein Programm vorgestellt.

Morgen wird über den Obmann der Konservativen Volkspartei abgestimmt.

Dass er eine Mehrheit hinter sich versammeln kann, gilt aber als unwahrscheinlich.

Josef Manona berichtet.

Der Kandidat für das Amtsprämie-Ministers konnte heute sein Regierungsprogramm dem Parlament nur vorstellen.

Alberto Nunes Frecho wird seine Vorstellungen vom starken Staat, der die Nationalisten in die Schrankenweist nicht umsetzen können.

Ich schlage vor, die Verfassungsuntreue als Delikt zu bestrafen.

Frecho hatte dem Amtierenden Premier Sánchez angeboten, die Legislaturperiode zu teilen.

Volkspartei und Sozialisten sollten abwechselnd zwei Jahre regieren, ohne auf Koalitionspartner oder Unterstützer angewiesen zu sein.

Sánchez lehnt er ab. Er gibt sich zuversichtlich nach dem Scheitern Frechos, den Auftrag zur Bildung einer Regierung erfüllen zu können.

Während der konservative Kandidat morgen in Madrid feststellen wird, dass ihm vier Stimmen auf die absolute Mehrheit fehlen,

meldete sich der katalanische Regionalpräsident bereits heute im Parlament von Barcelona mit seinen Forderungen.

Die Amnestie für katalanische Politiker wird Wirklichkeit werden.

Wir fordern außerdem die fixe Zusicherung, dass die Katalanen ihre Zukunft selbst bestimmen können.

Gemeint ist die Einwilligung der spanischen Regierung zu einem Referendum über die Unabhängigkeit Kataloniens.

Entweder Pedro Sánchez ist bereit dem Verlangen nachzugeben oder Spanien stehen Anfang 2024 Neuwahlen bevor.

Nach einem tödlichen Schiffsumklick auf der Donau bei Budapest ist heute der verantwortliche Kapitän zu 5,5 Jahren Haft verurteilt worden.

27 Menschen sind bei dem Unfall vor vier Jahren getötet worden.

Beide Seiten haben heute Berufung angekündigt, zusammen ever klar berichtet.

5,5 Jahre Haft wegen Gefährdung des Schiffverkehrs mit Todesfolge, so lautet heute das Urteil der ungarischen Richterin Leona Nemet in Budapest.

Es trifft den ukrainischen Kapitän eines Donau-Kreuzfahrtschiffes Juli Czaplinski.

Bei einem Überholmanöver unter der ungarischen Margeretenbrücke rammte das Kreuzfahrtschiff im Jahr 2019 ein kleineres Touristenboot, das kurz darauf in der Donau versank.

Bei dem Unfall starben insgesamt 27 Personen, die meisten von ihnen Touristen und Touristinnen aus Südkorea.

Eine Südkoreanerin wird außerdem seither vermisst, nur sieben Personen konnten damals lebend aus der Donau gerettet werden.

Da der heute verurteilte Schiffskapitän bereits seit 2019 in Haft ist, hat einen Großteil der

Haftstrafe bereits abgebüßt.

Die Staatsanwaltschaft hat Berufung gegen das Urteil angekündigt, dass sie auf dem Vorwurf der unterlassenen Hilfeleistung beharrt.

Von diesem Vorwurf hat die Richterin den Angeklagten heute nämlich freigesprochen.

Gegen den Angeklagten Kapitän läuft noch ein weiterer Prozess, bei dem die Hinterbliebenen der Opfer Schadenersatz fordern.

Die neue Bluse genäht von Kinderhänden gefärbt mit Farbe, die Flüsse verschmutzen.

Damit das nicht mehr passiert, sollen große Firmen künftig Haftbar gemacht werden für Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzung.

Dazu wird in der EU gerade ein sogenanntes Lieferkettengesetz verhandelt.

Die Arbeiterkammer spricht sich heute für besonders strenge Regeln aus, denn je strenger diese Regeln ausfallen, desto wirkungsvoller sind sie.

Zu diesem Schluss kommen Ökonomen, die die möglichen Folgen des Gesetzes im Auftrag der Arbeiterkammer untersucht haben.

Hannah Sommersacher berichtet.

Das EU-Lieferkettengesetz ist ein Meilenstein, sagt Sarah Brugner, Referentin für Europarecht in der Arbeiterkammer Wien.

Es wird Verbesserungen bringen für Menschenrechte und die umweltentlagen globaler Lieferketten.

Die Einhaltung von Menschenrechten werde positive wirtschaftliche Folgen im globalen Süden haben, sagt Johannes Jäger, Ökonom an der Fachhochschule des BFI Wien.

Zum Beispiel mehr Investitionen, mehr Produktivitätssteigerung und insgesamt mehr der Wohlstand.

Jäger erwartet höhere Löhne im globalen Süden, davon würden auch Arbeitnehmerinnen in der EU profitieren, weil Lohndumping erschwert werde.

Die neuen Regeln werden für europäische und auch Unternehmen aus Drittstaaten gelten.

Das Lieferkettengesetz werde so bestehende Wettbewerbsverzerrungen beseitigen, das helfe Unternehmen.

Christian Hellmenstein, Chefökonom der Industriellenvereinigung, erwartet dagegen einen hohen bürokratischen Aufwand,

sowohl für direkt betroffene große Unternehmen als auch deren Zulieferer.

Weil die großen Unternehmen gewährleisten möchten, dass sie natürlich auch in ihrer Beschaffungskette dann sauber sind,

wirkt sich de facto das Lieferkettengesetz auf allen Betriebsgrößen-Ebenen aus.

Das heißt, bisher runter auf das einen Personenunternehmen oder den kleinen und mittel Betrieb.

Und für die bedeutet das erst recht eine hohe administrative Belastung.

Noch dauern die Verhandlungen auf EU-Ebene an. Ein Ergebnis soll im nächsten Jahr vorliegen.

Der Autozubehörhändler Forstinger kann sein Geschäft weiterführen.

Nach der Insolvenz hat heute eine Mehrheit der 271 Gläubiger, dem Sanierungsplan, zugestimmt.

Das hat der Alpenländische Kreditorenverband heute bekannt gegeben.

Gerhard Eisinger berichtet.

Die Gläubiger erhalten von den bisher erhobenen, offenen Forderungen in der Höhe von 21,65 Millionen Euro

mit Annahme des Sanierungsplans eine Quote von 20 Prozent binnen zwei Jahren.

Und zwar nach folgendem Schlüssel.

5 Prozent Barquote binnen 14 Tagen nach rechtskräftiger Bestätigung des Sanierungsplans, je weitere 7,5 Prozent binnen einem und zwei Jahren.

Im Zuge des Insolvenzverfahrens wurden von ursprünglich 87 bestehenden Filialen insgesamt 14 Filialen geschlossen und mussten bislang 42 Dienstnehmer abgebaut werden. In den übrigen 73 österreichweit bestehenden Filialen werden weiterhin rund 476 Dienstnehmer bei der Forstinger Österreich GmbH beschäftigt.

Erfreuliche Nachrichten gibt es für den Frauenfußball in Österreich.

Das Frauenfußball-Nationalteam bestreitet heute ab 18.30 Uhr in Wien das zweite Gruppenspiel in der Nations League gegen den WM Viertelfinalisten Frankreich. Beim Spiel wird es einen neuen Zuschauerrekord geben, wie Michael Kaspar berichtet.

Jetzt am Nachmittag sind schon über 10.000 Tickets verkauft worden

für die Generale Arena üblicherweise die Heimstätte der Wiener Austria.

Und noch nie hat es in Österreich nur annähernd so viele Zuschauerinnen und Zuschauer bei einem Frauenfußballspiel gegeben.

Dementsprechend begeistert ist die Torfrau Manuela Zinsberger.

Mega geil, ich hoffe, es kommen noch mehr. Ich hoffe, ich kriege die Hütten voll.

Es ist auch die würdige Kulisse für das hundertste ÖFP-Teamspiel von Verena Handschow.

Ja, es ist unglaublich toll und unglaublich schön.

Ich denke, das haben wir uns auch verdient nach so langer Zeit.

Frankreich, die Nummer 5 der Welt, ist für die Teamchefin Irene Fuhrmann natürlich favorit nicht nur in dem Spiel, auch im Kampf um den Gruppensieg.

Ich glaube, es wird nicht nur körperlich, sondern fallmachmental und uns an die Grenzen bringen, dieses Spiel.

Weitere Gruppenegegnerinnen sind die Portugiesinnen und die Norwegerinnen, bei denen die Österreicherinnen am Freitag ja ein 1 zu 1 geholt haben.

18 Uhr und 22 Minuten, Zeit für den kompakten Nachrichtenüberblick.

Martina Kovler, bitte.

Die EU hat zusätzliche humanitäre Hilfe für die Menschen in der Konfliktregion Bergkarabach angekündigt.

4,5 Millionen Euro soll nach Angaben der EU-Kommission bereitgestellt werden.

Rund 60.000 Menschen soll damit unter anderem mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und Unterkünften versorgt werden.

Aus Bergkarabach hat unterdessen eine Massenflucht der armenischen Bevölkerung nach Armenien eingesetzt.

19.000 Flüchtlinge sind bereits in Armenien registriert worden.

Tausende sind noch auf der Flucht.

Österreich befürwortet die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Ukraine.

Das hat Parlamentspräsident Wolfgang Sobotka heute bei seinem Besuch in Kiev gesagt.

Sobotka betonte, die Ukraine habe trotz des Krieges positive Schritte auch im Kampf gegen die Korruption gesetzt.

Daher sei der Beginn vom Beitrittsgesprächen gerechtfertigt.

Der frühere Wirecard-Manager und justizflüchtige Jan Marschalek soll Teil eines Spionagennetzwerks für Russland gewesen sein.



Laut der britischen Staatsanwaltschaft soll Marschaleck zentraler Vermittler zwischen Moskau und mehreren Bulgarien gewesen sein, die als mutmaßliche Spione in London vor Gericht stehen.

Die Welser Möbelkette XXX Lutz will nach Spanien und Portugal expandieren und insgesamt 59 Einrichtungshäuser der Firma Conforma übernehmen.

Wenn die EU-Wettbewerbsbehörde der Übernahme zustimmt, wäre XXX Lutz in insgesamt 15 europäischen Ländern vertreten.

In Kapstadt in Südafrika sind bei Überschwemmungen nach heftigen Regenfällen mindestens acht Menschen ums Leben gekommen. Unter ihnen sollen nach Behördenangaben auch vier Kinder sein.

Fast 1.000 Häuser wurden über Flute, zahlreiche Menschen mussten in Sicherheit gebracht werden.

Damit zum Wetter für Österreich morgen anfangs stellenweise Nebel oder Hochnebeln nach und nach aber wieder bei teils heftigem Südwind in ganz Österreich sonnig, ungewöhnlich warm mit Höchstwerten zwischen 20 und 29 Grad.

Das war das Abendjournal am 26. September.

Das Glasamteteam sagt Danke fürs Interesse.

Ihr übernimmt jetzt Astrid Blank.

Ö1-Journal Panorama

Guten Abend.